

Stadtrat genehmigt Plan und Geld für Industriegebiet

Der Sonneberger Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung einen Meilenstein für das Industriegebiet Süd gesetzt.

Von Martina Hunka

Sonneberg – Breiten Raum nahm in der Sitzung des Sonneberger Stadtrates am Donnerstag, 21. Oktober, das neue Industriegebiet Sonneberg-Süd ein. Offiziell trägt es den Namen Gewerbe- und Industriegebiet H2-Region Thüringen/Franken. Für Sonneberg soll dieses Industriegebiet auf im Endausbau 100 Hektar Fläche die wirtschaftliche Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus sichern. H2 legt den Fokus auf Wasserstofftechnologien, die heute als Energieträger der Zukunft angesehen werden.

Schon in der Bürgerfragestunde wollte Ulrich Zeiler, AfD-Kreistagsmitglied und Einwohner der Nachbargemeinde Förritztal wissen, ob es Probleme beim Flächenankauf geben könnte. Der Flächentausch zwischen Förritztal und Sonneberg bei Rohof, Heubisch, Unterlind ist zwar erfolgt, aber grundbuchmäßig noch nicht vollzogen. Zeiler erhielt darauf als Nichtsonneberger keine Antwort. Die Frage wurde aber im Verlauf der Sitzung beantwortet: Im Kataster sind die Gebietsveränderungen bereits berücksichtigt, die Flächen sind beim Notar damit eindeutig zuordenbar. Jutta Roselt fragte nach wissenschaftlichen Untersuchungen zum wirtschaftlichen Nutzen der Wasserstofftechnologie, wurde aber darauf verwiesen, das die Ratssitzung für solche Erörterungen keinen Raum bietet.

Rechtsanwalt Alexander Reitinger stellte den Stadträten noch einmal die Genesis des Industriegebietes seit den 1990er Jahren dar und ging auf die großen Knackpunkte: Landwirtschaft, Verkehr, Regenwasser ein. Mit dem Hauptpächter der Flächen, der Agroprodukt-Genossenschaft wurde ein Kompromiss erzielt. Zur Regenwasserversickerung gibt es ein Gutachten. Zur Anbindung an die beiden Bundesstraßen B4 (Richtung Neustadt) und B89 gibt es ein Recht, zum Vorgehen gibt es einen Stufenplan. Viele private Einwendungen seien berücksichtigt worden, deshalb sei der Plan mehrfach überarbeitet und dreimal ausgelegt worden.

Über die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, zum Beispiel Wasserwerke, Umweltbehörden, Verkehrsbehörden und so weiter, sowie die Einwendungen von Bürgern und deren Abwägung wurde dann mit je einem Beschluss abge-



Blick auf die Landschaft zwischen Unterlind und Heubisch-Rohof: Im Hintergrund ist die Firma Sauer auf Förritztales Gebiet zu sehen.

Foto: Ittig

stimmt. Dazu las Bauamtsleiter Holger Scheler alle Einwendungen und deren Abwägung vor.



Roland Schlieuwe.

Bedenken in Sachen Naturschutz wurden abgewiesen mit dem Hinweis, dass es sich um eine intensiv genutzte Feldfläche handelt, wo keine seltenen Arten leben. Die beiden Beschlüsse wurden mehrheitlich, mit einigen Gegenstimmen gefasst. Die Gegenstimmen resultieren meist aus der Ablehnung des Gesamtvorhabens. Mit dem Beschluss über die Satzung zu dem Baugebungsplan wurde schließlich die rechtliche Grundlage für weitere Schritte wie die Erschließung gegeben.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt ging es um den Ankauf von Flächen, die für den ersten Bauabschnitt notwendig sind. Die Stadt besitzt bereits zwölf Hektar Fläche, braucht aber 15 bis 18. Eine halbe Million Euro wird dafür laut Verwaltung benötigt. Die Räte stimmten mehrheitlich zu. Ein Antrag von Ste-



Stefan Kühn.

fan Kühn (SPD) auf Begrenzung der Summe auf 200 000 Euro (Verwendung des Rests für Straßenbeleuchtung und Spielplätze) fand keine Mehrheit.

Roland Schlieuwe (AfD) machte darauf aufmerksam, dass in der Wahl der anzusiedelnden Betriebe eine Weichenstellung erfolgen muss: Nur Betriebe, die wirklich Gewerbesteuer zahlen, ermöglichen damit der Stadt, das Gebiet später weiter zu erschließen. Thomas Heine (Die Linke) verlas ein längeres Statement, mit dem er seine Ablehnung des Industriegebietes begründete. Kern: Guter Boden wird Industriegebiet, schlechtere Böden werden Landwirtschaftsfläche.

Ohne Diskussion ging eine Veränderung in der Finanzierung der Wohnbaulandoffensive durch. Auf eine Kreditnahme von 3,2 Millionen Euro kann verzichtet werden. Dazu gibt es zwei Gründe: Die Stadt hat Mehreinnahmen und kann vorerst nur ein Standort von dreien realisieren, nämlich Bettlecken.

Abgelehnt von den anderen Fraktionen wurde der Versuch aus der Fraktion CDU/FDP über einen Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung einen Pflock für 100 000 Euro aus Mehreinnahmen zugunsten der Ausstattung von Spielplätzen einzuschlagen. Uta Bätz (CDU) machte sich dafür stark. Uneinig waren sich

die Stadträte schon darüber, ob dies überhaupt dringlich sei, denn für den Erhalt stehe genug Geld zur Verfügung. Andere Fraktionen haben andere Projekte, die sie durch die Mehreinnahmen finanzieren wollen.

Zugestimmt wurde der Beantragung von Städtebaufördermitteln für Altstadt, Innenstadt, Wolkenrasen, Oberland für die Jahre 2022 bis 25, von denen aber niemand weiß, ob und wie hoch sie bewilligt werden.

Im Punkt Anfrage wollte Alexander Escher (AfD) wissen, ob die Feuerwehr Sonneberg auf Unfälle und Brände mit Elektroautos vorbereitet sei. Dazu wird es eine Information geben. Nachdenken löste die Frage von Regina Müller in der Bürgerfragestunde nach einem Mietspiegel aus und die Darlegung über zweimal 20 prozentige Mieterhöhung, die sie sich bei ihrem Einkommen nicht leisten könne. Auch in der Diskussion um das neue Industriegebiet und den dafür notwendigen Zugang war die Frage nach dem Wohnraum aufgekommen.

Fragen von Uwe Schlammer in der Bürgerfragestunde bezogen sich auf den Stand des Jugendprojektes am alten Busbahnhof, Bauarbeiten der Telekom an neuen Straßen und eine Bürgerversammlung. Letztere ist für Januar vorgesehen. Das Projekt Alter Busbahnhof wird demnächst im Bauausschuss behandelt.



Thomas Heine.



Uta Bätz.